

Schwabens Bezirkstagspräsident Martin Sailer über energetische Sanierung und den Einsatz schonender Energie

„Mit Leuchtturmprojekten nach außen gehen“

Seit einem halben Jahr besteht die Kooperation aus CSU und Bündnis 90/Die Grünen im Bezirk Schwaben. Bezirkstagspräsident Martin Sailer (CSU) erklärt, welche Projekte man bereits auf den Weg gebracht hat.

BSZ Herr Sailer, die schwarz-grüne Kooperation im Bezirk Schwaben ist eine Besonderheit in Bayern. Das wird natürlich beobachtet, ob diese Zusammenarbeit funktioniert. Wie ist ihre erste Bilanz?

MARTIN SAILER Schon in den Vorgesprächen haben wir festgestellt, dass es viele inhaltliche Schnittmengen gibt. Insbesondere die Themen der Umweltpolitik und Nachhaltigkeit müssen auf allen politischen Ebenen eine stärkere Rolle spielen. Das erwartet der Wähler, das ist ein Thema für viele Menschen. Und das können auch die Bezirke forcieren.

BSZ Was waren denn die ersten Aktivitäten?

SAILER Neben der Installation eines Umweltbeauftragten auf Ebene des Bezirkstages haben wir zunächst einen Bau-, Umwelt- und Energieausschuss eingerichtet, der inzwischen bereits einige Male getagt hat. Und hier bringen sich die Vertreter aller Fraktionen engagiert ein, mit eigenen Ideen und Anträgen. Das reicht von der Förderung eines großen Projekts, mit dem alte, einheimische Kernobstsorten erhalten werden sollen, bis hin zu Themen der Umweltbildung. Natürlich wollen wir hierbei strukturiert vorgehen – eine der ersten Entscheidungen des Ausschusses war demzufolge, auch auf Verwaltungsebene das Thema zu bündeln und einen Umweltbeauftragten einzusetzen, der die Dinge vorantreibt.

BSZ Das Thema Umweltmanagement wird sich also durch alle Bereiche ziehen?

SAILER Daran kommt man meines Erachtens heute nicht mehr vorbei. Oft lässt sich ja schon mit kleinen Schritten viel erreichen: So haben

wir beispielsweise alle Drucker in der Verwaltung auf beidseitigen Druck umstellen lassen, das macht sich sehr schnell im Papierverbrauch bemerkbar. Aber um hier alle Handlungsbereiche einer Prüfung zu unterziehen, braucht es Fachleute und Systematik. Mit Symbolpolitik ist da niemandem gedient – das beste Beispiel dafür ist der Einsatz von E-Autos. Wir müssen uns immer die Ökobilanz der diversen Möglichkeiten anschauen. Da schneiden die Elektrofahrzeuge oft schlechter ab, als die Öffentlichkeit das wahrnimmt. Deshalb ist es wichtig, dass wir Fachleute haben, sowohl auf der politischen Ebene als in der Verwaltung, die beispielsweise herausarbeiten, welche weiteren Alternativen es noch gibt und was am Ende in der Bilanz für den Bezirk das beste Mittel ist.

BSZ Das betrifft allerdings nun zunächst den Bezirk und seine Angelegenheiten selbst?

SAILER Ja und nein. Indem wir hier als bedeutende Gebietskörperschaft schon mal im eigenen Bereich vorbildlich agieren, setzen wir Akzente auch nach außen. Eine Bestandsaufnahme unserer Liegenschaften hat übrigens gezeigt, dass wir in Sachen energetischer Sanierung und dem Einsatz schonender Energie bereits sehr gut aufgestellt sind. Aber wir können noch weiterdenken, mit Leuchtturmprojekten nach außen gehen, um möglichst zur Nachahmung anzuregen. Zudem versuchen wir, uns als Bezirk mehr und mehr in Umweltthemen mit einzuklinken. Wir können als regionale Gebietskörperschaft Vorreiter und Multiplikator sein und Ideen bündeln: Es



Bezirkstagspräsident Martin Sailer will das Umweltmanagement forcieren.

FOTO: BEZIRK SCHWABEN/JULIA PIETSCH

muss ja nicht in jedem Landkreis alles neu erfunden werden.

BSZ Gehört das zu den originären Aufgaben eines Bezirks?

SAILER Nachhaltigkeit und Umweltschutz haben gesellschaftspolitisch eine große Bedeutung – und sie sollten als Querschnittsaufgabe verstanden werden, die unser ganzes Handeln betrifft. Allein der Bezirk Schwaben hat fast 600 Mitarbeiter in der Verwaltung – da machen Entscheidungen wie die oben genannte zum Thema Drucken schon sehr viel aus. Darüber hinaus ist Umwelt-

schutz, wenn wir es sehr genau nehmen, eine der ältesten Bezirksaufgaben: Schon 1908 gab es die Kreiswanderlehrer für Fischerei, da gab es in diesem Sinne noch nicht einmal die Bezirke. Die Mitarbeiter unserer Fischereifachberatung sind bayernweit gefragte Experten, wenn es um den Gewässer- und den Artenschutz geht. Der Fischereihof in Salgen ist eine der ersten Adressen für die Aufzucht bedrohter Fischarten. Hier bringen wir also schon eine wesentliche Kernkompetenz mit ein, wenn es um den Gewässerschutz geht. Und das kann thematisch auch in

der Außenwirkung noch erweitert werden. Stichwort Bürgerbegehren Artenschutz: Auch hier ist der Bezirk Schwaben bereits schon lange umweltpolitisch aktiv. Wir fördern ja auch die Imkerschule Schwaben und helfen dadurch mit, Menschen für das Imkerhobby zu gewinnen. Solche Aktivitäten können künftig erweitert werden.

BSZ Woher kommt Ihr persönliches Engagement für diese Aufgaben?

SAILER Man sieht, wie die Sorge um unsere Umwelt vor allem die jungen Menschen umtreibt. Ich habe selbst

drei Kinder, da bekomme ich viel mit. Und der Bezirk Schwaben ist in Bereichen tätig, die für die Menschen ganz unmittelbar wichtig sind – sei es im Sozialen, sei es in der Kultur, sei es in der Jugendarbeit. Da werden häufig die Fragen gestellt, wie wir als Gesellschaft miteinander umgehen, was unseren Zusammenhalt ausmacht, was Heimat bedeutet. Aber wenn wir über „Heimat“ und Heimatpflege sprechen, dann müssen wir auch dazu beitragen, dass uns diese Heimat einigermaßen intakt erhalten bleibt.

Interview: BIRGIT BÖLLINGER

Die Iller befindet sich in einem ökologisch guten Zustand

Nasen und Barben mit neuem Lebensraum

„Als einen guten Tag für die Iller“ bewertete stellvertretender Bezirkstagspräsident Edgar Rölz eine gemeinsame Aktion der Fischereifachberatung des Bezirks Schwaben, des Wasserwirtschaftsamts Kempten und des Landesamts für Umwelt: Bei Waltenhofen wurde der Fluss mit Fischen besetzt, die dort einstmals in Schwärmen unterwegs waren, heute aber in ihrem Bestand bedroht sind. Man hofft, dass sich die Fische in diesem renaturierten Flussabschnitt wieder ansiedeln und vermehren.

Trotz enormer Renaturierungsmaßnahmen des Wasserwirtschaftsamts Kempten an der Iller gibt es bislang an der oberen Iller kein stabiles Vorkommen der Zielfischarten Barbe und Nase. Die Zuwanderung aus der mittleren Iller ist bislang noch nicht möglich. Nun sollen die beiden Illerfischarten wieder angesiedelt werden: Rund 2000 Barben und



Bei Waltenhofen wurde die Iller mit Fischen besetzt. FOTO: DANIEL BEITER

5700 Nasen, die aus der Teichanlage in Wielenbach, einer Dienststelle des Landesamts für Umwelt, stammen, wurden in Rauns bei Waltenhofen in die Iller entlassen.

„Das Monitoring, das die Fischereifachberatung durchführt, zeigt bereits erste Erfolge der Artenhilfsprogramme und der großflächigen Renaturierungen des Wasserwirtschaftsamts Kempten“, betonte Oliver Born, Fischereifachberater des Bezirks Schwaben, bei dem Ortstermin, „gemeinsam mit dem Landesamt für Umwelt führen wir zudem seit zwei Jahren vertiefte Untersuchungen der Fischbestände und der Lebensräume durch.“

Die Ergebnisse sind vielversprechend. Alle Schlüsselhabitate sind wieder funktionsfähig, eine nachhaltige Wiederbesiedlung hat hervorragende Erfolgsaussichten. Auch die Fischereivereine, insbesondere der Fischereiverein Kempten, stützen mit der Förderung des Fischereiverbands Schwaben die Vorkommen bedrohter Illerfischarten. Seit Jahren werden für die Artenhilfsprogramme erhebliche Mittel eingebracht,

um die Artenvielfalt in den Gewässern zu erhalten. Der Schwäbische Fischereihof spielt hierbei eine entscheidende Rolle bei der Vermehrung der bedrohten Fischarten in Schwaben.

„Durch diese hervorragende Zusammenarbeit kann es gelingen, dass die Fische in der Oberen Iller wieder heimisch werden und sich damit der ökologische Zustand dieses Flussabschnitts noch weiter verbessert“, gab auch Hans-Joachim Weirather, Landrat des Landkreises Unterallgäu und Präsident des Schwäbischen Fischereiverbands, seiner Hoffnung Ausdruck. Bei einer dauerhaften Wiedereinbürgerung ist das Ziel der Wasserrahmenrichtlinie, so Oliver Born, der „gute ökologische Zustand“, zum Greifen nahe. „Dies macht Mut und gibt Anlass zur Hoffnung, dass die Wende in unseren Gewässern gelingen kann“, sagte Born.

> BIRGIT BÖLLINGER

Vollversammlung in Augsburg

Heimat als Thema

„Der Heimatbegriff ist äußerst facettenreich und eine verbindliche Definition, was unter Heimat zu verstehen ist, gibt es nicht“, sagte der Präsident des Bayerischen Bezirkstags Franz Löffler unlängst vor Journalisten in München. Die bayerischen Bezirke sehen es deshalb als notwendig an, in denen gerade rechte Kräfte den Heimatbegriff als Synonym für Nationalismus, Egoismus und Besitzstandswahrung missbrauchen, Position zu beziehen.

„Aus unserer Sicht ist Heimat sowohl ein Kultur- als auch ein Natur- und ein Sozialraum“, stellt Löffler fest. Diskutiert werden sollen in diesem Kontext in der Vollversammlung 2019, die am 5. Juli 2019 in Augsburg stattfinden wird, die neuen Herausforderungen, vor denen die bezirkliche Heimatpflege in Zeiten von Inklusion und Integration steht. Außerdem wird es unter dem Motto „Die endliche Heimat“ um aktuelle Themen wie

das Anliegen Artensterben oder Flächenfraß gehen.

Der Hauptteil der Tagung widmet sich den Menschen der Heimat. Charlotte Knobloch, die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, wird darlegen, weshalb sie nach den Gräueln der NS-Zeit nicht ausgewandert, sondern in ihrer Heimat geblieben ist und dort Verantwortung übernommen hat. Das ehemalige Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung, Heribert Prantl, referiert zu den sozialen Aspekten von „Heimat in bewegten Zeiten“.

„Der Bayerische Bezirkstag möchte mit seiner Vollversammlung zeigen, dass Heimat immer dort ist, wo Menschen, auch Geflüchtete, in einer Gemeinschaft Halt und Sicherheit finden“, betonte Löffler. „Heimat steht somit auch für Solidarität und ein kreatives Miteinander der Lebensstile, Religionen und Kulturen.“ > E. B.

Tagung der Psychiatrieseelsorger der Erzdiözese München und Freising

Psychische Erkrankungen weiter entstigmatisieren

Nach langer und intensiver Diskussion trat im Sommer 2018 das Bayerische Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (BayPsychKHG) in Kraft. Jetzt zogen Psychiatrieseelsorger beider Konfessionen auf Einladung der Erzdiözese München und Freising ein Zwischenfazit. Peter Brieger, Ärztlicher Direktor des kbo-Isar-Amper-Klinikums, konnte als Referent gewonnen werden. Brieger selbst war beratend an dem Gesetz beteiligt und konnte zeitgleich seine „praktischen“ Erfahrungen aus seinem Klinikum, eine der größten Psy-

chiatrien Deutschlands, in die Diskussion einbringen.

Brieger skizzierte zunächst den außergewöhnlichen Werdegang des neuen Gesetzes. Sollte nach dem Entwurf der Staatsregierung vom Januar 2018 ein Ordnungsgesetz psychisch erkrankte Menschen in die Nähe von „Gefährdungen“ rücken, so konnte durch eine breite öffentliche Solidarität von Betroffenen- und Angehörigenverbänden über die bayerische Direktorenkonferenz, dem Bayerischen Bezirkstag und den Medien eine grundlegende Neuausrichtung geschaffen werden, wel-

che die Hilfe für Erkrankte und ihre Heilung in den Vordergrund rückt. „Ärzte sind für kranke Menschen da und nicht verlängerter Arm der Polizei. Wenn auch die Zusammenarbeit mit der Polizei meist gut laufe“, betonte Brieger. Sehr beachtlich sei dieser Veränderungsprozess gewesen, in dem schließlich die Präambel des Gesetzes von Angehörigen- und Betroffenenverbänden formuliert werden konnte und nahezu alle ihre Forderungen aufgenommen wurden. Dies sei ein wichtiger Erfolg gewesen, auf den alle Beteiligten zu Recht stolz sein könnten.

Äußerst positiv sah Brieger die Ausdehnung des Psychiatrischen Krisendienstes auf ganz Bayern. Der Krisendienst sei eine wichtige telefonische Anlaufstelle für Menschen in einer Krisensituation. Auch die telefonische Erreichbarkeit rund um die Uhr sei bedeuten, denn psychische Krisen traten zu jeder Uhrzeit auf. Tatsächlich wenden sich pro Jahr mehrere Tausend Menschen in seelischen Krisen telefonisch an den Krisendienst und erhalten hier kompetente und zielführende Hilfe.

Bei der anschließenden Diskussion ergab sich ein kollegialer

Austausch, auch über die Stellung der Seelsorge in den Kliniken und im multiprofessionellen Team der Krankenstationen. Der Artikel 25 des BayPsychKHG sichert den Kranken das Recht auf Kontakt zur Seelsorge des eigenen Glaubens. Problematisch könne das werden, erläuterte Brieger, wenn die religiöse Ausrichtung nicht dem Wohl des Erkrankten beziehungsweise seiner Gesundheit hilfreich sei.

Im neuen Gesetz sind manche Verbesserungen eingebracht, welche die Stellung der Patienten und ihre Rechte stärken sollen.

Dies in die Praxis umzusetzen, ist sicher keine einfache Aufgabe. Das Ziel, „psychische Erkrankungen weiter zu entstigmatisieren, sowie den Menschen in psychischen Krisen Anlaufstellen zu bieten und wirksam zu helfen“ – wie es auch in der Präambel des Gesetzes steht – ist anspornend und einige Anstrengung wert.

> HENNER LÜTTECKE

VERANTWORTLICH für beide Seiten: Bayerischer Bezirkstag, Redaktion: Ulrich Lechleitner